

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Rolf Kutzmutz  
und der Gruppe der PDS  
— Drucksache 13/7881 —**

**Halbjährliche Zwischenbilanzen der Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze  
in Ostdeutschland**

Die Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften sieht vor, in den nach 1997 folgenden Jahren „einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von rund 100 000 Beschäftigten zu erreichen“.

*Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit*

1. a) Erfolgte innerhalb der Gemeinsamen Initiative eine Aufgliederung des vorgesehenen Beschäftigungszuwachses nach den einzelnen neuen Ländern?

Nein.

- b) Wie hoch ist der Zuwachs jeweils?

Siehe zu Frage a).

- c) Wie hoch könnte nach Auffassung der Bundesregierung der Zuwachs in den einzelnen Ländern sein?

Es handelt sich um eine Initiative für alle neuen Länder. Eine Prognose über die Aufteilung des Beschäftigungszuwachses auf die einzelnen Länder hält die Bundesregierung nicht für sinnvoll und möglich.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 22. Juli 1997 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schriftgröße – den Fragetext.*

2. a) Wie gliedert sich der Beschäftigungszuwachs hauptsächlich auf einzelne Maßnahmen des Bundes auf?

Eine „ex-ante“-Zuordnung des Beschäftigungszuwachses auf einzelne Maßnahmen ist nicht möglich.

- b) Welcher Beschäftigungszuwachs ergibt sich aus den Maßnahmen und Programmen des Bundes (Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Forschungsförderung u. ä.) 1997 voraussichtlich im einzelnen, um den Beschäftigungsabbau insgesamt zu stoppen?

Die Höhe des bis zum Jahresende 1997 durch die GA-Förderung Gemeinschaftsaufgabe induzierten unmittelbaren Beschäftigungszuwachses ist abhängig vom Umfang der im verbleibenden Zeitraum bewilligten Förderanträge. Eine quantifizierte Angabe ist somit z. Z. nicht möglich.

Vom 1. Januar 1997 bis Ende April 1997 (letzte verfügbare Zahl) sind 1 151 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft gefördert worden. Mit diesen Investitionsvorhaben ist die Schaffung von 7 342 neuen und die Sicherung von 24 649 vorhandenen Arbeitsplätzen verbunden. Insgesamt wurden dafür Fördermittel von Bund, Ländern und EU in Höhe von 1 338 Mio. DM bewilligt.

Im Jahr 1996 wurden mit einem Bewilligungsvolumen von insgesamt 6 273 Mio. DM im Bereich der gewerblichen Wirtschaft 39 392 Arbeitsplätze neu geschaffen und 90 474 gesichert. Weitere verlässliche Angaben über den Beschäftigungszuwachs, der unterschiedlichen Maßnahmen und Programmen zugeordnet werden kann, bestehen nicht. Im einzelnen wird auf die „Bilanz der Wirtschaftsförderung des Bundes in Ostdeutschland bis Ende 1996“ verwiesen.

- c) Wie könnte sich dieser Beschäftigungszuwachs in den einzelnen Maßnahmen und Programmen in den Folgejahren gestalten?

Ziel des umfangreichen und vielschichtigen Maßnahmenbündels ist es, dem „Aufbau Ost“ zusätzliche Schubkraft zu verleihen. Eine Vorhersage des Beschäftigungszuwachses in den Einzelmaßnahmen und Programmen hält die Bundesregierung weder für 1997 noch für die Folgejahre für möglich.

3. a) Stimmen die Angaben zum Beschäftigungszuwachs in der Gemeinsamen Initiative mit der Zielstellung überein, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren?

Würde bei Erreichen des Beschäftigungszuwachses laut Gemeinsamer Initiative die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 halbiert werden?

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und zur Standortsicherung haben sich Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung das gemeinsame Ziel gesetzt, bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu halbieren. Mit ihren wirtschaftspolitischen Aktionsprogrammen aus 1996 – „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ und „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ – hat die Bundesregierung hierzu bereits wesentliche Beiträge geleistet und eine Vielzahl von standortverbessernden Maßnahmen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht. Sie wird ihre Reformpolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen weiter fortsetzen.

Die formulierte Zielvorstellung einer Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 bezieht sich auf die Arbeitslosenentwicklung in Gesamtdeutschland. Das Ziel wurde nicht regional differenziert. Es läßt sich insofern auch kein Vergleich mit der Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland anstellen.

- b) Woraus resultiert eine möglicherweise unterschiedliche Zielstellung?

Ziel der Reformpolitik der Bundesregierung ist es, mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze in Ost- und Westdeutschland zu schaffen. Insofern entsprechen sich die Zielstellungen.

4. a) Hält die Bundesregierung am Ziel fest, die Arbeitslosigkeit auch in den neuen Ländern bis zum Jahr 2000 zu halbieren?

Wie bereits erwähnt, bezieht sich die Zielgröße aus dem Bündnis für Arbeit auf Gesamtdeutschland und beinhaltet keine regionale Differenzierung.

- b) Halten nach Kenntnis der Bundesregierung die anderen Partner an diesem Ziel fest?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß auch die anderen Beteiligten sich weiterhin an dieser Zielsetzung orientieren und unverändert ihr Handeln an diesem Ziel ausrichten.

- c) Warum wurde dieses Ziel nicht in der jetzigen Gemeinsamen Initiative benannt?

Vorrangiges Ziel der Gemeinsamen Initiative ist es, durch die Anstrengungen aller Beteiligten dem Aufbau Ost zusätzliche Schubkraft zu geben und insbesondere die Beschäftigungslage in den neuen Ländern zu verbessern. Insofern stellt die Gemeinsame Initiative einen ergänzenden wirtschaftspolitischen Ansatz bei der

Verfolgung der o.g. Zielsetzung dar, der sich auf die neuen Länder konzentriert.

5. Welche Beschäftigungsentwicklung wäre notwendig, um die Zielstellung einzuhalten, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren?

Modellrechnungen ergeben – bei unterschiedlichen Annahmen – eine Spanne von rd. 32 ½ bis 33 ½ Millionen Beschäftigten.

6. a) Wann erfolgt eine erste Information der Öffentlichkeit zu Zwischenergebnissen des am 23. Januar 1996 von Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften unter Vorsitz des Bundeskanzlers vereinbarten „Bündnis für Arbeit und Standort-sicherung“?  
b) Wann erfolgen weitere Abrechnungen?

Die Bundesregierung hat zuletzt im Jahreswirtschaftsbericht 1997 über den Stand der Umsetzung ihrer Beiträge zur Erreichung der o. g. Zielsetzung berichtet.

7. a) Welche Höhe an Ausrüstungsinvestitionen sieht die jetzige Gemeinsame Initiative vor, um „Ausrüstungsinvestitionen zu stabilisieren“, und welcher Zeitraum bildet die Basis für eine Zwischenbilanz der Gemeinsamen Initiative?  
b) Bei welcher Größenordnung von Ausrüstungsinvestitionen würde die Gemeinsame Initiative als erfüllt gelten?

Die Investitionstätigkeit in den neuen Ländern liegt – auch verglichen mit der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg – nach wie vor deutlich über dem Niveau in Westdeutschland. Es ist wichtig, auch künftig ein möglichst hohes Niveau der Ausrüstungsinvestitionen zu sichern, um dem Aufbau Ost zusätzliche Schubkraft zu geben und insbesondere die Beschäftigungslage in den neuen Ländern zu verbessern. Eine quantifizierte Zielgröße enthält die Gemeinsame Initiative nicht.

Es ist vorgesehen, halbjährlich auf dem „Wirtschaftstag Ost“ über Ergebnisse zu berichten (siehe auch Antwort zu Fragen 37 und 38).

#### *Einkäufe aus den neuen Bundesländern*

8. a) Welche Höhe hatten die Einkäufe 1995 als Ausgangsniveau der Gemeinsamen Initiative „Steigerung der Einkäufe aus den neuen Bundesländern im Vergleich zu 1995 um 50 Prozent“?

Von den 86 an der Einkaufsoffensive Neue Bundesländer mitwirkenden westdeutschen Unternehmen aus Industrie und Handel wurden 1995 Aufträge für fast 50 Mrd. DM in die neuen Bundesländer vergeben. Dies waren etwa 13 % der ostdeutschen Wirtschaftsleistung. Darüber hinaus liegen derzeit keine Angaben über das Einkaufsvolumen im Jahr 1995 vor.

Im Rahmen der Gemeinsamen Initiative ist eine Intensivierung der Bemühungen um eine weitere deutliche Steigerung der Bezüge aus Ostdeutschland vorgesehen. Über die Ergebnisse wird auf dem Wirtschaftstag Ost berichtet werden.

b) Wie teilen sie sich auf die einzelnen neuen Länder auf?

Eine repräsentative Aufteilung auf die Länder kann nicht vorgenommen werden.

9. a) Was fällt hierbei unter den Begriff „Einkäufe“?

Den Einkäufen von Waren und Dienstleistungen in den neuen Ländern wurden nach einer Übereinkunft zwischen den Unternehmen der Einkaufsoffensive die klassischen Fremdbezüge (d. h. Einkauf von Handelsgütern, Materialbeschaffung einschließlich industrienaher Dienstleistungen sowie Investitionsgütererwerb), Konzerninnenbezüge und local content, bei Investitionen zugeordnet.

b) Welche Vorschriften zur Erfassung der Einkäufe gibt es?

Keine. Die Nennung erfolgt auf freiwilliger Basis.

10. Welche Unternehmen sind in welchem Umfang in die Angaben zu den Einkäufen einbezogen?

Welche Industrieunternehmen Angaben zu ihrem Einkaufsvolumen in den neuen Ländern liefern werden, steht noch nicht fest.

11. Wer führt insoweit die Abrechnung durch?

Die Gemeinsame Initiative sieht vor, daß „wir., Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e. V.“ in geeigneter Form über Fortschritte berichten wird.

12. Anhand welcher Angaben prüft die Bundesregierung die Einhaltung der Angaben zu den Einkäufen?

Die Einkaufsdaten der einzelnen Unternehmen sind vertraulich. Die Bundesregierung kann diese Angaben nicht prüfen.

13. a) Wie hoch waren die Einkäufe 1996?  
b) Wie hoch waren sie in den einzelnen neuen Ländern?

Hierzu liegen keine Angaben vor.

14. Welche Meßplatte wird zur Einhaltung der Gemeinsamen Initiative zu den Einkäufen aus den neuen Ländern bei den halbjährlichen Zwischenbilanzen angelegt?

Die Gemeinsame Initiative enthält Zielgrößen für die Einkäufe von Industrie und Handel bis zum Jahr 2000 bzw. 1998. Für die halbjährlichen Zwischenbilanzen sind keine Kriterien vorgegeben.

15. a) Wie hoch müssen die Einkäufe 1997 sein, damit die Gemeinsame Initiative als eingehalten gilt?

Siehe Antwort zu Frage 14.

- b) Gibt es dazu Verabredungen nach einzelnen Ländern?

Nein.

*Entscheidungskompetenzen, Leitungsfunktionen und Forschungs- und Entwicklungskapazitäten*

16. a) Welche Entscheidungskompetenzen wurden bisher in die einzelnen neuen Bundesländer jeweils verlagert als Ausgangspunkt der Gemeinsamen Initiative „Verstärkte Verlagerung und Schaffung von Entscheidungskompetenzen, Leitungsfunktionen und FuE-Kapazitäten in die neuen Bundesländer“?  
b) Anhand welcher Angaben wird bei den vorzunehmenden Zwischenbilanzen die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative geprüft?  
c) Wer nimmt die Erfassung der Entscheidungskompetenzen vor?  
d) Anhand welcher Angaben prüft die Bundesregierung die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative?
17. a) Welche Leitungsfunktionen wurden bisher in die einzelnen neuen Bundesländer jeweils verlagert?  
b) Anhand welcher Angaben wird bei den vorzunehmenden Zwischenbilanzen die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative geprüft?  
c) Wie werden Leitungsfunktionen gezählt?  
d) Anhand welcher Angaben prüft die Bundesregierung die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative?
18. a) Welche Forschungs- und Entwicklungskapazitäten wurden bisher in die einzelnen neuen Bundesländer jeweils verlagert?  
b) Anhand welcher Angaben wird bei den vorzunehmenden Zwischenbilanzen die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative geprüft?  
c) Wer nimmt die Zwischenbilanzen vor?  
d) Anhand welcher Angaben prüft die Bundesregierung die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative?

Die Verlagerung und Schaffung von Entscheidungskompetenzen, Leitungsfunktionen und FuE-Kapazitäten in die neuen Bundes-

länder wird nicht systematisch erfaßt. Eine solche Erfassung durch die Bundesregierung ist auch nicht vorgesehen.

Im Rahmen der Gemeinsamen Initiative haben sich die beteiligten Vertreter der deutschen Wirtschaft verpflichtet, sich in den o. g. Bereichen zu engagieren, um die industrielle Basis der ostdeutschen Wirtschaft zu stärken. Die „wir., Wirtschaftsinitiativen für Deutschland e. V.“ wird diese Bemühungen unterstützen und in geeigneter Form über Fortschritte berichten.

*Kooperation ostdeutscher Unternehmen mit ausländischen Tochterunternehmen westdeutscher Konzerne*

19. Welche westdeutschen Konzerne sind an der Gemeinsamen Initiative „Förderung von Kooperation ostdeutscher Unternehmen mit ausländischen Tochterunternehmen westdeutscher Konzerne“ beteiligt?

Im Rahmen der gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und „wir., Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e. V.“ im vergangenen Jahr initiierten „Exportoffensive“ werden Lieferantenforen als besondere Variante des Vermarktungshilfeprogramms des BMWi durchgeführt. Bisher fanden Veranstaltungen in Großbritannien, Österreich und den Niederlanden statt. Weitere werden noch in diesem Jahr in Frankreich und der Schweiz folgen. Die Lieferantenforen ermöglichen konkrete Einkaufs- und Kooperationsgespräche auf diesen Märkten für ostdeutsche Unternehmen. Durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschafts-Initiative „wir.“ werden bereits bestehende Verflechtungen und Kontakte für ostdeutsche Unternehmen genutzt.

20. In welchem Umfang existieren Kooperationen ostdeutscher Unternehmen mit ausländischen Tochterunternehmen westdeutscher Konzerne?

Eine Erhebung über solche Kooperationen liegt nicht vor. Der noch zu geringe Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft unterstreicht jedoch die Notwendigkeit, im Rahmen der „Exportoffensive“ die Möglichkeiten für eine derartige Zusammenarbeit zu nutzen.

21. Woran wird die Einhaltung der Gemeinsamen Initiative geprüft?

Zu den jeweiligen Lieferantenforen werden „follow-up“-Gespräche mit den beteiligten Unternehmen aus den neuen Bundesländern geführt. Die initiierten Kontakte werden nach Möglichkeit weiterverfolgt, um den Wirkungsgrad der Lieferantenforen abschätzen zu können.

*Einkäufe von Waren bei Unternehmen*

22. a) Welches Jahr und welche Bezüge sind die Basis für die in der Gemeinsamen Initiative enthaltenen Zielsetzung, die Bezüge

aus den neuen Bundesländern bis Ende 1998 im Handel zu verdoppeln?

Die in der Gemeinsamen Initiative enthaltene Zielstellung beruht auf einem Gespräch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, mit 14 großen Unternehmen des Handels am 20. Februar 1997, bei dem sich diese Handelsunternehmen verpflichteten, ihre Bezüge von Konsumgütern aus Ostdeutschland bis Ende 1998 zu verdoppeln. Basisjahr ist 1995. Dafür werden die Daten zur Zeit bei den 14 beteiligten Handelsunternehmen durch die Wirtschaftsinitiative „wir.“, die die Begleitung und das Monitoring übernommen hat, erhoben.

b) Wie teilt sich die Verabredung auf die einzelnen neuen Länder auf?

Die Bezüge werden insgesamt und – soweit möglich – aufgeteilt nach Lebensmitteln und anderen langlebigen Konsumgüter ermittelt. Eine länderbezogene Ermittlung der Daten ist nicht vorgesehen.

23. Welche Handelsunternehmen sind einbezogen?

An dieser Initiative sind folgende Handelsunternehmen beteiligt:

- Aldi GmbH & Co. KG (Nord),
- Aldi GmbH & Co. KG (Süd),
- allkauf-Gruppe,
- EDEKA Zentrale AG,
- Karstadt AG,
- Lidl & Schwarz Unternehmensgruppe,
- Lidl Stiftung & Co. KG,
- METRO Holding AG,
- OTTO-Versand GmbH & Co.,
- Peek & Cloppenburg KG,
- Quelle Schickedanz Holding Stiftung & Co. AG,
- REWE Zentral AG,
- SPAR Handels AG,
- Tengelmann Warenhandelsgesellschaft.

24. Welche Verabredungen gab es dazu mit der Bundesregierung bisher seit 1990?

Die Bundesregierung ist seit 1991 mit dem Handel im Dialog, um die ostdeutschen Unternehmen beim Zugang zu den Distributionssystemen des Handels zu unterstützen. Der Handel erklärte

sich in einem Gespräch im April 1991 bereit, mit verschiedenen Maßnahmen und zusätzlichen Anstrengungen die Vermarktung ostdeutscher Produkte zu unterstützen. In Folgegesprächen 1993 und 1996 wurde diese Zusage nochmals bekräftigt.

25. a) Wie haben sich die Bezüge in den einzelnen Jahren seit 1990 entwickelt?

Zahlen über die Entwicklung der Bezüge liegen weder insgesamt noch für die einzelnen Jahre vor. Von Handelsunternehmen, die bereits länger in der Einkaufsoffensive der Wirtschaftsinitiative „wir.“ mitarbeiten, ist jedoch bekannt, daß die eingegangenen Verpflichtungen vorbildlich erfüllt wurden. Die Umsatzentwicklung der ostdeutschen Konsumgüterindustrie von 34,2 Mrd. DM in 1995 auf 37,2 Mrd. DM in 1996 zeigt, daß sich der Absatz weiter verbessert hat. Die zusätzlichen Anstrengungen des Handels und der Bundesregierung leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag.

- b) Wie teilen sie sich auf die einzelnen neuen Länder auf?

Wie bereits zu Frage 22. b) ausgeführt, werden Ländererhebungen nicht durchgeführt.

26. Welcher Maßstab wird für die Einhaltung der Verabredung bei den halbjährlichen Zwischenbilanzen angelegt?

Vergleiche Antwort zu Frage 14.

27. a) Wie hoch müssen die Bezüge 1997 sein, damit die Verabredung als eingehalten gilt?

Vergleiche Antwort zu Frage 15.

- b) Gibt es dazu Vorstellungen nach einzelnen Ländern?

Nein.

28. a) Durch wen erfolgt die Erstellung der Zwischenbilanz?

Die Gemeinsame Initiative sieht vor, daß Begleitung und Monitoring der Zielsetzung, die Bezüge aus den neuen Ländern bis Ende 1998 zu verdoppeln, von der „wir.“-Initiative übernommen wird.

- b) Anhand welcher Angaben prüft die Bundesregierung die Einhaltung der Verabredung?

Vergleiche Antwort zu Frage 12.

*Kreditwirtschaft*

29. Besteht die Verpflichtung der deutschen Kreditwirtschaft im Rahmen des Solidarpaktes vom 25. Januar 1993 – Bankenmilliarde – fort?

Die Kreditwirtschaft hat sich entsprechend ihrer Zusage engagiert und steht auch weiterhin zu den von ihr eingegangenen Engagements.

30. a) Wann erfolgt eine öffentliche Abrechnung der Bankenmilliarde?

Die Bundesregierung hat im Rahmen von parlamentarischen Anfragen mehrfach über das Engagement der Kreditwirtschaft im Rahmen der sog. Bankenmilliarde berichtet. Eine formale öffentliche Abrechnung ist nicht vorgesehen.

- b) Wie teilt sich die Bankenmilliarde nach einzelnen Ländern auf?

Die Engagements der Kreditwirtschaft verteilen sich breit über alle neuen Länder. Eine bestimmte Länderaufteilung war aber kein Entscheidungskriterium bei den einzelnen Engagements. Ein Nachhalten der Länderaufteilung ist damit ohne Bedeutung.

31. Trifft es zu, daß im Februar 1997 die Beteiligungsgesellschaft Neue Länder (BNL) Zahlungsbescheide über insgesamt 200 Mio. DM an Banken versandte (DER SPIEGEL 7/1997)?

Die Beteiligungsgesellschaft Neue Länder (BNL) hat im Januar 1997 die zweite Tranche des Betrages von 400 Mio. DM für Erwerb und Sanierung ostdeutscher Unternehmen angefordert, zu dem sich die Gruppe der privaten Banken verpflichtet hatte.

32. Trifft es weiter zu, daß die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben feststellte, die angepeilte Summe von 1 Mrd. DM sei nicht vollständig erfüllt?

Eine offizielle Verlautbarung der BvS zur Erfüllung der „Bankenmilliarde“ ist der Bundesregierung nicht bekannt.

33. a) Hat es Gespräche der Bundesregierung zum Beispiel mit der Deutschen Bank gegeben, die 1997 erklärt, daß der kreditpolitische Rahmen für Unternehmen der neuen Länder ausgeschöpft ist, jetzt aber neue Rekordgewinne ausgewiesen hat?  
b) Welche Ergebnisse wurden erzielt?

Die Deutsche Bank hat sich im Rahmen der von den privaten Banken gegründeten Beteiligungsgesellschaft Neue Länder (BNL) engagiert. Gesonderte Gespräche mit einzelnen Banken hat die Bundesregierung nicht geführt, auch nicht mit der Deutschen Bank.

Der Bankenverband mittel- und ostdeutscher Länder berichtet, daß die Gruppe der privaten Banken bis Ende 1996 über 47 Mrd. DM Kredite an Unternehmen und Selbständige in den neuen Ländern vergeben hat. Verglichen mit 1995 bedeutet das eine Erhöhung des Kreditbestandes um rd. 5,5 Mrd. DM.

- c) Wie ist die Deutsche Bank an der jetzigen Gemeinsamen Initiative beteiligt?

Auch bei der jetzigen Initiative wird die Deutsche Bank durch den Bundesverband deutscher Banken vertreten, der bei dieser Initiative mitarbeitet.

- d) Gab es Bemühungen der Bundesregierung, den Beitrag der Deutschen Bank zur Gemeinsamen Initiative zu erhöhen?

Die Gemeinsame Initiative ist ein Engagement der Kreditwirtschaft insgesamt. Die Bundesregierung hat nicht mit einzelnen Mitgliedern verhandelt.

34. Trifft es zu, daß die Banken ihrerseits bestimmte Leistungen in die Bankenmilliarde einrechnen, so zum Beispiel das Engagement der Bayerischen Landesbank, die nach Auffassung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben nicht dem Anliegen der Bankenmilliarde entsprechen?

Es ist richtig, daß nicht alle eingegangenen Engagements dem verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen sind. Aber auch mit Engagements in anderen Bereichen wird ein Beitrag dazu geleistet, die Wirtschaft in den neuen Ländern zu stabilisieren.

*Weiteren Verabredungen der Gemeinsamen Initiative*

35. a) Welche Ergebnisse wurden von der Gesellschaft zur Investorenwerbung bisher erreicht?  
b) Welche Ergebnisse konnten für die einzelnen neuen Länder erreicht werden?

Entscheidungen über neue Investitionen benötigen in der Regel eine längere Vorbereitungszeit. Dies gilt um so mehr bei größeren Auslandsinvestitionen, der Zielgruppe der neuen Bund/neue Ländergesellschaft zur Investorenwerbung (IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH). Die Vorlaufzeiten für solche Projekte können mehrere Jahre betragen. IIC ist aber erst seit einigen Monaten tätig, für eine Erfolgsbilanz ist es daher noch zu früh.

36. Gilt das Konzept der Bundesregierung zur Erneuerung industrieller Kerne im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Initiative weiter?

Das im Zusammenhang mit dem Solidarpakt Ende 1992 verabschiedete „Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern“ zielte darauf ab, die ehemalige Treuhandanstalt in die Lage zu versetzen, Initiativen der neuen Bundesländer zur Stabilisierung regional bedeutsamer Unternehmen aufzugreifen und gemeinsam mit den Ländern individuelle Problemlösungen für diese Betriebe zu entwickeln. Die damals konkret beschlossenen Maßnahmen haben sich jedoch mit der Beendigung der Eigentümerstellung der ehemaligen Treuhandanstalt weitgehend erledigt.

Die Bemühungen der Bundesregierung um den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer und um die dort ansässigen Unternehmen werden jedoch auch nach Abschluß der Privatisierungsphase der ehemaligen Treuhandanstalt fortgesetzt. Dem dient insbesondere die Fortführung und die Anpassung des Förderinstrumentariums. Hierfür sind mit den Beschlüssen zum Förderkonzept nach 1998 inzwischen die Weichen gestellt worden.

37. Wann werden die Angaben zu den Ergebnissen der Gemeinsamen Initiative erstmals und wann jeweils veröffentlicht?

Die Gemeinsame Initiative sieht vor, den „Wirtschaftstag Ost“ im halbjährlichen Abstand zu veranstalten. Hierbei wird über die erzielten Ergebnisse berichtet werden.

38. Wann findet der nächste „Wirtschaftstag Ost“ statt?

Der erste „Wirtschaftstag Ost“ findet voraussichtlich im Dezember 1997 in den neuen Bundesländern statt.

39. Welche weiteren wesentlichen – bislang nicht genannten Angaben – sind Gegenstand der halbjährlichen Abrechnung der Gemeinsamen Initiative?

Die Beteiligten wollen im Rahmen des halbjährlichen „Wirtschaftstag Ost“ gemeinsame Bilanz ziehen. Ob und inwieweit zu diesem Anlaß weitere Themenfelder behandelt werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.